



Dezember 2019

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ein für unsere SPD nicht gerade einfaches Jahr geht auf die Zielgrade. Mittlerweile liegen der Rücktritt von Andrea Nahles und die für uns nicht wirklich gut gelaufenen Wahlen im Osten hinter uns. Immer noch erschreckend sind die Stimmen für völkisch-nationalen Populismus und offenen Rechtsextremismus. Hier heisst es für uns offensiv gegenhalten. Unser Land, unsere Demokratie verteidigen. Aber auch innerhalb unserer Partei stehen die Zeichen - mal wieder - auf Neuanfang. Wir haben in einer Mitgliederbefragung eine Entscheidung getroffen, Nun wollen wir uns unterhaken und gemeinsam Vorwärts schreiten. Das wird die Aufgabe für das kommende Jahr.

Euch und euren Familien wünsche ich ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und einen Guten Rutsch ins neue Jahre



Mit solidarischen Grüßen

Andreas Ernst

Themen:

Jubilare 2019/Ausblick 2020	Seite 2
SPD Parteivorsitz	Seite 3
Parteivorsitz -Kommentar	Seite 4
Regierungsprogramm Hamburg	Seite 5
Die neue Grundrente	Seite 6
Kindergrundsicherung	Seite 8
Bau U5 beschlossen	Seite 9
B-Plan Bramfeld 65	Seite 10
Mietenspiegel 2019	Seite 11



Webseite: sued.spd-bramfeld.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

Am 10. Dezember findet wieder unsere traditionelle Jubilarsehrung mit anschliessendem Grünkohllessen statt. In gemütlicher Runde lassen wir das Jahr passieren und feiern unsere Jubilare.

Bei unserem traditionellen Weihnachtsessen, könnt ihr zwischen Grünkohl mit Kassler und Wurst oder einem vegetarischem Bauerfrühstück wählen. Bitte gebt euren Essenswunsch bei der Anmeldung mit an.



Ehrung und traditionelles Grünkohllessen

Datum: 10. Dezember 2019
Im BSV-Treff

Ellernreihe 88
Ab 19:00 Uhr
Grünkohllessen ab 19:45 Uhr

Kostenbeitrag: 7,- Euro p.P.
Bitte Anmeldung nicht vergessen!

Meldet Euch bitte mit Angabe des Essenswunsches bis zum 7. Dezember 2019 an bei Andreas Ernst an, unter:

andreas.richard.ernst@web.de oder telefonisch unter 0172 5421884.

Impressum (V.i.S.d.P):

SPD Bramfeld-Süd
c/o Andreas Ernst
Seekamp 18
22177 Hamburg

Kontakt und Information:
SPD Bramfeld-Süd
www.spd-bramfeld.de

E-Mail:
sued@spd-bramfeld.de

SPD
Bramfeld - Süd





Jubilare 2019

Von: Andreas Ernst



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

in jedem Jahr ehren wir Menschen für ihre langjährige Mitgliedschaft und für Ihr Treue zu unser SPD. In diesem Jahr haben wir 10- und 25-jährige Jubiläen. Ein großes Dankeschön geht an

Rainer Marko Bauers, für 25 Jahre Mitgliedschaft (seit 01.10.1994), **Andrej Pluns** (seit 01.02.2009) und **Julian Cunow** (seit 01.09.2009) für 10 Jahre Mitgliedschaft.

Herzlichen Glückwunsch die Drei für ihre langjährige Mitgliedschaft in der SPD! Wir freuen uns, euch in unseren Reihen zu wissen.



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir arbeiten weiter daran, dass unsere Stadt wirtschaftlich stark und attraktiv ist. Alle sollen in Hamburg gut leben und arbeiten können. Deshalb setzen wir uns ein für

- viele neue und bezahlbare Wohnungen,
- Klimaschutz, saubere Luft, weniger Lärm, attraktive öffentliche Parks und Grünflächen,
- Investitionen in gute und gebührenfreie Kitas, Schulen und Hochschulen,
- den Bau von Radwegen und die Sanierung der Straßen,
- das größte Ausbauprogramm für U- und S-Bahnen seit Jahrzehnten.

Mit euch gemeinsam möchte ich weiter für unsere Stadt arbeiten..

Euer
Peter Tschentscher



Ausblick

SPD Bramfeld - Süd

Von: Andreas Ernst

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
Das Jahr 2020 wirft bereits seine Schatten voraus.

Auf unserer Distriktsversammlung am ...Januar wollen wir voll in den Wahlkampf einsteigen. Dazu gehören die Besetzung unserer Info-Stände am Freitag und Samstag auf dem Bramfelder Marktplatz. Bitte macht euch auch schon einmal Gedanken, ob ihr Lust und Zeit habt Flyer in eurer Nachbarschaft in die Briefkästen zu stecken.

Im Februar werden wir dann unsere turnusmäßigen Wahlen für den Distriktsvorstand, und unsere Landes- sowie Kreisdelegierten abhalten.

Der neue Distriktsvorstand wird sich nach den Wahlen mit der Jahresplanung für 2020 beschäftigen.

Nun möchte ich euch noch einige Terminhinweise geben.

Am 30. Januar wird unser Bürgermeister nach Bramfeld kommen. Beginn der Veranstaltung wird um 19:30 Uhr im Johannes-Brahms-Gymnasium sein.

Am 4. Februar wird voraussichtlich unsere Landesvorsitzende und Arbeits- und Sozialsenatorin Melanie Leonhard bei uns im BraKula zu Gast sein.

Für den 7. Februar ist ein Wahlkreis-Kandidierenden - Hearing mit unseren Kandidierenden Regian Jäck und Lars Pochnicht und Kandidierenden der anderen Parteien im BSV geplant. Veranstalter ist der BSV.

Über weitere Termine halte ich euch auf dem Laufenden.





SPD - Parteivorsitz



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Die Basis hat entschieden: Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans sollen die neuen Vorsitzenden der SPD werden. Dabei stimmte beim Mitgliederentscheid eine Mehrheit von 53,06 Prozent für dieses Team. Sie gewannen in der Stichwahl gegen Olaf Scholz und Klara Geywitz. Geywitz und Scholz bekamen 45,33 Prozent.

Nach dem ersten Wahlgang im Anschluss an die 23 Regionalkonferenzen hatten Esken und Walter-Borjans noch knapp hinter der Konkurrenz gelegen. Formell gewählt werden die neuen Vorsitzenden zwar erst auf dem SPD-Parteitag Anfang Dezember. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich die Delegierten an das Ergebnis des Mitgliedervotums halten. 54 Prozent der Mitglieder haben sich an der Stichwahl beteiligt.

Nun liegt es an Nobert und Saskia, gemeinsam mit den Mitgliedern die SPD zu neuer Stärke zu führen. Dafür brauchen Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans jetzt die volle Unterstützung aller Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Der Parteivorstand wird Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans dem Parteitag (6. – 8. Dezember) zur Wahl vorschlagen.

Das Ergebnis der 2. Abstimmung

SASKIA ESKEN & NORBERT WALTER-BORJANS

53,06 %

KLARA GEYWITZ & OLAF SCHOLZ

45,33 %

Stimmberechtigte Mitglieder: 425.630

Eingegangene Rücksendungen: 230.215
(54,09 % Beteiligung an der Abstimmung)

Davon konnten wegen der Nichterfüllung der Kriterien für eine ordnungsgemäße Stimmabgabe nicht berücksichtigt werden: 13.040 Einsendungen

Insgesamt wurden 217.175 zulässige Stimmen abgegeben.

Davon waren 454 Stimmen ungültig.

Die Gesamtzahl der gültigen Stimmen beträgt somit: 216.721

Es gab 3.480 Enthaltungen.

Auf Klara Geywitz/Olaf Scholz entfielen 98.246 Stimmen (45,33 %).

Auf Saskia Esken /Norbert Walter-Borjans entfielen 114.995 Stimmen (53,06 %).

Damit werden dem Parteitag Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans als Wahlvorschlag für die Wahl der Vorsitzenden der SPD vorgeschlagen.

Auf diesem Parteitag in der nächsten Woche wollen wir dann erstmals eine Doppelspitze wählen, die Organisation unserer Partei weiterentwickeln und stellen die Weichen für eine moderne sozialdemokratische Politik.

Wir müssen uns jetzt auf den Weg machen, unser Land mit neuer Energie in eine gute Zukunft zu führen. Dafür diskutieren und beschließen wir unseren Plan für einen neuen Sozialstaat, eine neue Kindergrundsicherung, eine Vermögenssteuer für die Superreichen und vieles mehr. Gestärkt, geeint und optimistisch sollten wir endlich den Aufbruch in die neue Zeit gestalten



Parteivorsitz Ein Kommentar

Von: Frank Karrenberg

Das Votum für Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans ist ein tiefer Einschnitt in der Geschichte der SPD, ja sogar in das Selbstverständnis der Partei. Immer staatstragend, immer regierungsfähig. Immer auf den Kompromiss fokussiert. Denn es gehörte oftmals zur Geschichte der SPD, dass die Basis oder große Teile der Basis am Ende immer, wenn auch murrend und knurrend, der politischen Führung folgte. Sei es in Zeiten des NATO-Doppelbeschlusses, sei es in Zeiten der Agenda 2010, sei es in die Regierungen der Großen Koalition. Die Wahl von Esken und Walter-Borjans durch eine Mehrheit an der Basis zeigt, dass große Teile der SPD Basis diesmal gegen ein Weiter-so und den immer wiederkehrenden Aussagen von Vernunft und Verantwortung nicht mehr glaubten. Dieser Mitgliederentscheid hat uns dennoch nicht weitergebracht. Das zeigen allein schon die Zahlen der Wahlbeteiligung.

Nur 54% der Genossinnen und Genossen haben überhaupt noch an dieser Mitgliederbefragung teilgenommen. Rund 46% haben sich gar nicht erst beteiligt! Ist die Basis müde, ist die Partei erschöpft? Wen wollen wir denn da draussen noch begeistern, wenn wir nicht einmal die eigenen Mitglieder begeistern können?

Klar für mich ist, dass die Wahl von Esken und Walter-Borjans nicht die eklatanten Schwächen der heutigen SPD überdecken wird und darf. Klar, man kann den Ausgang als ein herbes Misstrauensvotum gegen das „Partei-establishment“ werten, als nachträgliches Votum gegen die GroKo. Als Misstrauen gegen die Bundestagsfraktion. Aber auch damit wird man dem Zustand der SPD nicht gerecht.

Ich bin der Auffassung, dass auch eine andere Entscheidung nicht die Probleme und Herausforderungen für eine erfolgreiche Zukunft der SPD begründet hätte. Um es klar zu sagen, auch das Duo Scholz/Geywitz hätte uns nicht

weitergebracht. Wichtige Richtungsentscheidungen wären dann nur aufgeschoben worden.

Daher war ich auch einer von 3.480 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die sich enthalten haben. Nun mögen einige von euch denken, dass ist so unpolitisch, es geht doch um eine Richtungsentscheidung, es geht um Verbleib oder Verlassen der GRoKO.

Nein darum geht es meines Erachtens nicht. Denn die Entscheidung der neuen Führung bedeutet eigentlich was die Mehrheit nicht mehr will. Eine Diskussion was wollen wir, was machen wir zukünftig hat es aber nicht gegeben? Oder nur sehr verkürzt bei den Polit-Show-Castings.

Wenn denn dieses doch überraschende Ergebnis die Sehnsucht nach einer anderen Politik begründet, dann sollten, dann müssen wir das so akzeptieren und endlich den innerparteilichen Diskurs über die zukünftige inhaltliche Ausrichtung austragen.

Wie sagte schon Willy Brandt: Es hat keinen Sinn, eine Mehrheit für die Sozialdemokraten zu erringen, wenn der Preis dafür ist, kein Sozialdemokrat mehr zu sein.

Doch was ist heute noch sozialdemokratische Politik?

Daher kann die Botschaft für die nächsten Wochen nur heißen: Lasst uns um Inhalte streiten, lasst uns um den richtigen Weg ringen, lasst uns gemeinsam streiten und dann lasst uns gemeinsam, Seit an Seit, schreiten und kämpfen. Wir sind einer Situation, wo wieder zusammenwachsen muss, was zusammengehört





Bürgerschaftswahl 2020 - Regierungsprogramm

SPD

DIE GANZE STADT IM BLICK



Von: **Andreas Ernst**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, unser Bestreben ist es, bei der Bürgerschaftswahl im Februar wieder stärkste Kraft zu werden. Und wir sollten sehr zuversichtlich sein das zu schaffen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben unsere schöne Stadt wieder nach vorne gebracht, seit wir die Regierung 2011 von Schwarz-Grün übernommen haben. Damals habe sich Hamburg in einem Stillstand befunden, etwa beim Wohnungs- und Straßenbau.

Alles, was wir den Hamburgerinnen und Hamburgern versprochen haben, haben wir die letzten beiden Legislaturperioden gehalten. Wir haben die Straßen saniert, wir haben die Schulen saniert. Kita- und Studiengebühren haben wir abgeschafft, den Wohnungsbau ordentlich angekurbelt. Wir haben uns um die Bezahlbarkeit des Lebens in Hamburg gekümmert. Deshalb können wir selbstbewusst sagen, dass es die beste Garantie dafür ist, dass die Dinge auch in Zukunft gut weiterlaufen, ist die, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erneut stärkste Kraft werden. Wir werden uns auch zukünftig intensiv mit den Themen Wohnungsbau, Verkehr, Klimaschutz und Digitalisierung bemühen. Das haben wir so auch in unser Regierungsprogramm geschrieben. Das Regierungsprogramm wurde vom Landesvorstand am 19. November und auf dem Parteitag am 30. November beschlossen.

Darin steht, wir wollen auch zukünftig weiter 10.000 Wohnungen pro Jahr bauen. Der Anteil an Sozialwohnungen soll allerdings von bis

lang 3.000 auf 4.000 gesteigert werden. Sozialwohnungen sollen mit einer künftigen Mietpreisbindung von 30 Jahren gebaut werden. Beim Thema Verkehr steht der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Mittelpunkt sowie ein 365-Euro-Ticket für Auszubildende und ein kostenloses Schülerticket.

500 neue Bushaltestellen in Hamburg - das ist ein Ziel, das wir uns in der Verkehrspolitik gesetzt haben. Peter Tschentscher sagte auf dem Parteitag in Wilhelmsburg, die meisten Bürgerinnen und Bürger müssten innerhalb kurzer Zeit eine Haltestelle erreichen können.

Eine Stadtbahn spielt keine Rolle. Der Radverkehr soll in ähnlichem Umfang wie bislang ausgebaut werden.

Der Bau der A26-Ost soll zügig umgesetzt und die Köhlbrandbrücke ersetzt werden.

Außerdem wollen wir unsere Stadt bis 2050 klimaneutral machen - durch ein Klimaschutzgesetz, einen Klimabeirat und eine enge Zusammenarbeit mit der Industrie.

Hamburg soll Vorreiter im Bereich Digitalisierung werden. Geplant ist ein "Haus der digitalen Welt" mit der Zentralbibliothek, der Volkshochschule und anderen Institutionen.

Und auch bei dem Thema Bildung legen wir weiter nach. 40 weitere Schulen wollen wir bauen. Außerdem sollen auf Schulgeländen in den nächsten fünf Jahren neue Kindertagesstätten entstehen mit mehr als 5.000 neuen Plätzen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

knapp drei Monate vor der Bürgerschaftswahl setzen wir auf unsere Regierungserfahrung und wollen uns vom Koalitionspartner, den sichtbar abgrenzen. Wir haben im Gegensatz zu den anderen Parteien "die ganze Stadt im Blick". Das ist ein Versprechen. Unser Regierungsprogramm trägt daher das Motto "Zukunftsstadt Hamburg - Lebenswert, wirtschaftsstarke und klimafreundlich für alle".

Grundrenten-Kompromiss – Gute Lösung?

Lange Monate schien der Streit um die im Koalitionsvertrag vereinbarte Bedürftigkeitsprüfung bei der Grundrente unauflösbar. Nun haben sich CDU, CSU und wir uns auf einen Kompromiss zur Grundrente geeinigt: Ab Januar 2021 sollen langjährig Versicherte, die dennoch nur eine kleine Rente beziehen, einen Zuschlag erhalten.

Geschätzt wird aus Regierungskreisen, dass zwischen 1,2 und 1,5 Millionen Menschen mit sehr niedrigen Renten davon profitieren werden. Die Kosten für die neue Grundrente sollen eine bis 1,5 Milliarden Euro im Jahr belaufen.

So kann das neue Grundrentenmodell zukünftig aussehen:



Voraussetzung:

Die Grundrente soll erhalten, wer mindestens 35 Beitragsjahre angesammelt hat - allerdings soll das keine so harte Grenze darstellen wie in den bisherigen Plänen: Eine "kurze, wirk-same Gleitzone" soll eingeführt werden. Das heißt, dass auch Versicherte mit etwas weniger als 35 Jahren Beitragszeit die Grundrente bekommen werden, allerdings mit Abschlägen. Offen ist bislang aber, wie hoch die Abschläge sein werden und bei wie vielen Beitragsjahren die Gleitzone beginnt.

Einkommensgrenze:

Ein Single bekommt die Grundrente nur, wenn sein zu versteuerndes Einkommen unter 1250 Euro im Monat liegt. Lebt ein Rentner in einer Partnerschaft, darf das gemeinsame Einkommen nicht über 1950 Euro liegen. Allerdings sollen dies ebenfalls keine harten Grenzen überhaupt keine Grundrente mehr gibt.

Aus dem Bund

sein - auch hier ist eine Gleitzone geplant. Offen ist, wie hoch die Abschläge bei geringfügig höherem Einkommen sein werden und ab welcher Grenze es überhaupt keine Grundrente mehr gibt.

Die Berechnung:

Diese erfolgt nach einem Vorschlag aus dem SPD-geführten Arbeitsministerium.

Voraussetzung für die Grundrente ist das Erreichen von 35 Jahren „Grundrentenzeiten“. Dies sind Pflichtbeitragszeiten für versicherte Beschäftigung/Tätigkeit, Pflichtbeitragszeiten aufgrund von Kindererziehung, Pflege und Antragspflichtversicherung von Selbständigen, rentenrechtliche Zeiten wegen des Bezugs von Leistungen bei Krankheit und Rehabilitation, Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung und Pflege. Für diese Zeiten werden die durchschnittlichen Entgelt-punkte um einen Zuschlag erhöht, dies sind „Grundrentenbewertungszeiten“. Außerdem werden beim Zuschlag auch Kindererziehungszeiten mit (ab 1992) geborenen Geschwistern berücksichtigt, die wegen Gleichzeitigkeit höhergewertet werden. Die durchschnittlichen Entgeltpunkte für „Grundrentenbewertungszeiten“- jedoch höchstens 35 Jahre - werden aufgewertet, maximal auf 0,8 Entgeltpunkte.

Bekommen soll demnach die Grundrente, wer weniger als 80 Prozent Beiträge gezahlt hat als ein Durchschnittsverdiener, aber mehr als 30 Prozent. Für diesen Personenkreis wird die Rentenleistung verdoppelt - allerdings höchstens auf 80 Prozent der Durchschnittsleistung und maximal für 35 Beitragsjahre. Dieser Zuschlag wird dann aber um 12,5 Prozent gekürzt. Das sah die SPD Forderungen zunächst nicht vor und ist ein Zugeständnis der SPD in den Verhandlungen mit den Unionsparteien.

Ohne Antrag und automatisch:

Berechnet und ausgezahlt wird die Grundrente von der Rentenversicherung. Die übernimmt auch die Einkommensprüfung - und soll

die Daten dafür automatisch von den Finanzämtern bekommen. Das heißt, dass Betroffene die Grundrente nirgendwo aktiv beantragen müssen. Ihr Einkommen geben sie ja bereits bei der Steuererklärung an, sofern dieses überhaupt so hoch ist, dass sie steuerpflichtig sind.

Rückfalllösung für teure Städte:

Weil die Lebenshaltungskosten in Deutschland vor allem durch die Miete von Ort zu Ort sehr unterschiedlich sind, kann es sein, dass einige Rentner selbst mit der Grundrente noch auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind - quasi das Hartz IV für Rentner.

Für diese Betroffenen wird ein Freibetrag in der Grundsicherung eingeführt: Die ersten 100 Euro ihrer Rente dürfen sie voll behalten, von jedem weiteren Euro ihrer Rente 30 Cent. Maximal können sie von ihrer Rente bis zur Hälfte des Regelsatzes behalten, also derzeit 212 Euro im Monat.

Außerdem gibt es für Bezieher der Grundrente einen Freibetrag beim Wohngeld, damit ihnen bei dieser Sozialleistung nicht gleich wieder abgezogen wird, was sie durch die Grundrente bekommen haben. Auch das dient vor allem Grundrentenbeziehern

in Städten mit hohen Mieten. Ob dieser Kompromiss eine kluge Lösung ist, kann man erst nach der kompletten Ausgestaltung der neuen Grundrente beurteilen. Einerseits die Würdigung der Arbeitsleistung, andererseits auch die Berücksichtigung, in welchen Einkommensverhältnissen jemand lebt, ohne dass die Bürokratie übertrieben wird.

Besonders zu beachten ist natürlich, dass nun im unteren Einkommensbereich nicht mehr stur am Äquivalenzprinzip der Rentenversicherung festgehalten werde - also daran, dass die Auszahlungen ausschließlich von der Höhe der Einzahlungen abhängen. Insofern kann diese Lösung ein wichtiger sozialpolitischer Schritt werden.

Wo standen wir am Anfang?

Wir, als SPD, setzten darauf, dass langjährige Versicherte mit niedriger Rente die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung bekommen sollten. Unabhängig davon, wie hoch das sonstige Einkommen und Vermögen ist, über das man selbst oder der/die Lebenspartner/in verfügen.

Die Rentner sollten vor allem vor der unangenehmen Totalkontrolle verschont werden, wie sie aus der bestehenden Grundsicherung im Alter bekannt ist. Davor, lückenlos und immer wieder Kontoauszüge, Mietverträge oder Energierechnungen vorlegen zu müssen und ihr Vermögen bis auf wenige tausend Euro verbrauchen zu müssen.

Die Unionsparteien hingegen pochte auf eine Bedürftigkeitsprüfung, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, und verwiesen auf mögliche Fälle, in denen Menschen ohne die Prüfung teils Hunderte Euro Aufschlag erhalten würden, die zwar nur eine geringe Rente beziehen, aber nun wirklich nicht mehr Geld benötigen. So würde sehr viel Geld mit der Gießkanne verteilt, ohne damit zielgenau Altersarmut zu bekämpfen. Vor allem der Wirtschaftsflügel der Unionsparteien bestand bis zuletzt auf eine ähnlich strikte Prüfung von Einkommen und Vermögen wie in der Grundsicherung im Alter.

Allein die veranschlagten Kosten zeigen den großen Unterschied zwischen den beiden Ansätzen: Würden nur die derzeit 130.000 langjährigen Versicherten einen Aufschlag erhalten, die ihre Bedürftigkeit bereits nachweisen, weil sie die Grundsicherung im Alter beziehen, lägen die Kosten nach Expertenschätzung bei rund 200 Millionen Euro im Jahr. Das Bundesarbeitsministerium rechnete für sein Konzept ohne jede Prüfung hingegen mit anfangs 3,8 Milliarden Euro jährlich, die aber schnell auf knapp fünf Milliarden steigen würden. Profitiert hätten demnach mehr als drei Millionen Rentner.

Der Kompromiss liegt nun rein zahlenmäßig

mit bis zu 1,5 Milliarden Euro Kosten und 1,2 bis 1,5 Millionen Grundrentenbeziehern etwas unterhalb der Mitte. Finanziert werden soll die Grundrente ausschließlich aus Steuermitteln und nicht aus den Rentenbeiträgen.

Mit dem Kompromiss wurden auch weitere Renten-Maßnahmen beschlossen:

Zum Beispiel die Verstärkung der Betriebsrente für Geringverdiener. So soll der Förderbeitrag für Betriebsrenten künftig von maximal 144 auf 288 Euro pro Jahr erhöht werden. Diesen staatlichen Zuschuss erhält der Arbeitgeber, wenn er seinen Mitarbeitern eine betriebliche Altersversorgung in einer bestimmten Höhe gewährt. Außerdem hat die Koalition eine kleine Lösung für die seit Jahren schwelende Debatte über die sogenannte Doppelverbeitragung von Betriebsrenten in ihrem Papier zur Grundrente vorgesehen. Die Kosten von 1,2 Milliarden pro Jahr sollen aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert werden. Auch Mitarbeiterkapitalbeteiligungen sollen attraktiver werden.

Nun heißt es politisch auf die Tube zu drücken damit die Einführung der Grundrente wirklich glatt verlaufen kann. Das hat rein praktische Gründe. Angedacht ist ja, dass die Rentenversicherung die Einkommen der Rentnerinnen und Rentner "automatisch und bürgerfreundlich" prüft. Doch der dazu nötige Datenaustausch mit den Finanzämtern müsste erst aufgebaut werden.

Und weil die Rentenversicherung bisher keinerlei Überprüfung der persönlichen Verhältnisse vornimmt, müsste sie dafür Tausende Mitarbeiter einstellen, so die Deutsche Rentenversicherung in einer Stellungnahme.

Die Grundrente - Mehr Rente im Monat!

- **Für alle, die 35 Jahre oder mehr gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt haben. Auch Teilzeitarbeit, Kindererziehung und Pflege zählen mit. Wer in dieser Zeit also zu wenig für eine auskömmliche Rente verdient hat, bekommt einen Aufschlag – und damit spürbar mehr als etwa der Betrag in der Grundsicherung.**
- **Ohne Bedürftigkeitsprüfung. Ohne sich vorm Sozialamt erklären zu müssen. Nur eine einfache Einkommensprüfung, die von der Rentenkasse und der Finanzverwaltung durchgeführt wird.**
- **Mehr Geld für rund 1,2 bis 1,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner – darunter 80 Prozent Frauen – zum Beispiel eine Friseurin, die 40 Jahre lang auf dem Niveau von 40 % des Durchschnittslohns voll gearbeitet hatte. Sie bekommt dann monatlich statt derzeit 528 Euro auf 933 Euro.**

in Deutschland von Armut betroffen ist, brauchen die Kinder und Familien dringend einen Systemwechsel. Dabei soll die zukünftige Leistung nach Einkommenssituation der Eltern gestaffelt sein. Der monatliche Basisbetrag liegt dabei bei 250 Euro, der Höchstbetrag für Kinder ab 14 Jahren bei 478 Euro.

- Bis 6 Jahre: 400 Euro
- 6 bis 13 Jahre: 458 Euro
- Ab 14 Jahre: 478 Euro

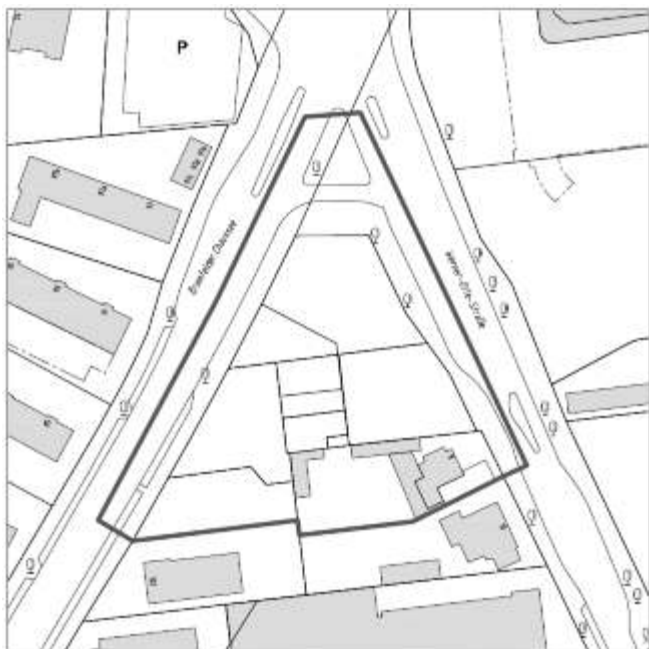
Hinzu kommt ein Teilhabekonto in Form einer Kinderkarte mit monatlich 30 Euro. Damit hätten Kinder die Möglichkeit, in den Sportverein, die Musikschule oder ins Schwimmbad zu gehen. Außerdem soll es in ganz Deutschland beitragsfreie Kitas, kostenlose Ganztagsangebote für Schulkinder und freie Fahrt mit Bus und Bahn im Nahverkehr für alle Kinder geben. Ändern soll sich auch etwas bei den Kinderfreibeträgen: Der Anteil für Betreuung, Erziehung und Ausbildung soll gesenkt werden - der Steuervorteil der Freibeträge soll auf maximal 250 Euro pro Kind sinken. Die Kosten belaufen sich auf rund elf Milliarden Euro. Zur Finanzierung sollen die laufenden Steuereinnahmen genutzt werden.

Die Hamburgische Bürgerschaft hat auf ihrer letzten Sitzung den Bau und die Finanzierung der U-Bahn-Linie U5 im Streckenabschnitt Ost beschlossen. Der Planungsabschnitt U5-Ost umfasst eine 5,8 Kilometer lange U-Bahn-Strecke mit fünf Haltestellen von Bramfeld über Steilshoop in die City-Nord und ist einer von insgesamt drei Planungsabschnitten der U5 bis zum Volksparkstadion. Damit ist der Weg frei für einen verkehrspolitischen Meilenstein, der allein zwischen Bramfeld, Steilshoop und der City Nord rund 110.000 Hamburgerinnen und Hamburger an das leistungsfähige Schnellbahnnetz anschließt.

Mit dem Bau der U5-Ost verkürzt sich zukünftig die Fahrzeit vom Bramfelder Dorfplatz zum Jungfernstieg um rund 13 Minuten. D.h. 22 Minuten statt 35 Minuten Fahrzeit! Das zu finanzierende Investitionsvolumen beträgt nach heutigem Stand rund 1,72 Milliarden Euro. 40 Millionen Euro Planungskosten sind bereits finanziert. Die Gesamtfinanzierung soll aus dem Hamburger Haushalt, Zuführungen aus dem im Aufbau befindlichen Sondervermögen Schnellbahnausbau und aus Bundesmitteln erfolgen. Mit der Entscheidung über die Finanzierung lösen wir ein 50 Jahre altes politisches Versprechen für alle Menschen in Bramfeld und Steilshoop ein.



B-Plan Bramfeld 65 – Öffentliche Auslegung



Durch den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Bramfeld 65 sollen im Kreuzungsbereich Bramfelder Chaussee/Werner-Otto-Straße die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Neubau eines markanten Bürogebäudes geschaffen werden. Vorgesehen ist die Errichtung eines, bis zu siebengeschossigen, Bürogebäudes mit einem Innenhof und zwei Untergeschossen, das nach Süden hin schrittweise auf fünf Geschosse abgestaffelt ist. Der Gebäudekomplex wird straßenparallel zu den Hauptverkehrsstraßen Bramfelder Chaussee und Werner-Otto-Straße errichtet. Das Bezirksamt Wandsbek legt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Bramfeld 65 (Bramfelder Spitze) gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3635) öffentlich aus. Das Gebiet wird durch die Bramfelder Chaussee im Nordwesten, die Werner-Otto-Straße im Nordosten sowie die Südgrenzen der Flurstücke 2149 und 2150 der Gemarkung Bramfeld begrenzt. Die Planzeichnung, die Verordnung mit textlichen Festsetzungen, die Begründung, der Vorhaben- und Erschließungsplan, die umweltrelevanten Informationen, die Fachgutachten sowie die umwelt-

relevanten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden wie folgt öffentlich ausgelegt:

Wann:

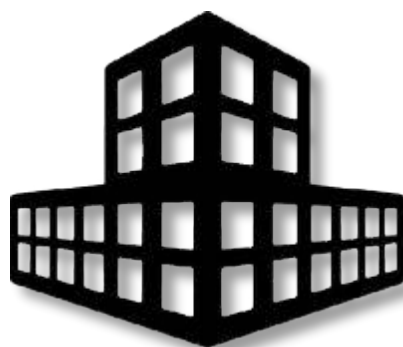
Montag, 18.11.2019 bis einschließlich Dienstag, 17.12.2019, montags bis donnerstags zwischen 9 und 16 Uhr und freitags zwischen 9 und 14 Uhr

Wo:

Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek, Maurienstraße 3, 22305 Hamburg, 2. Obergeschoss (Flur)

Während der öffentlichen Auslegung können Anregungen zu allen genannten Teilen des Bebauungsplan-Entwurfes bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Die genannten Planunterlagen können im oben genannten Zeitraum auch im Internet unter Verwendung des kostenlosen Online-Dienstes „Bauleitplanung“ auf den Seiten des „HamburgService“ eingesehen werden. Zudem besteht hier die Möglichkeit, direkt Stellungnahmen online abzugeben. Vor der Nutzung ist eine kostenlose Registrierung erforderlich. Der Online-Dienst kann unter folgender Adresse aufgerufen werden: <https://bauleitplanung.hamburg.de/> Stellungnahmen können während der Auslegungsfrist abgegeben werden.





Hamburger Mietenspiegel 2019 - SPD Politik wirkt!

Konsequenter Hamburger Weg des SPD geführten Senates in der Wohnungsbaupolitik zahlt sich aus. Der Senat hat kürzlich den Hamburger Mietenspiegel 2019 vorgestellt. Er weist einen durchschnittlichen Anstieg der Mieten in Hamburg um 2,6 Prozent seit 2017 aus. Damit hat sich der Mietenanstieg in Hamburg im Vergleich zu 2017 halbiert und ist niedriger als die durchschnittliche Preisentwicklung in den letzten zwei Jahren. Dieser vergleichsweise niedrige Mietenanstieg um 2,6 Prozent seit 2017 macht deutlich: Unser konsequenter Hamburger Weg in der Wohnungsbaupolitik zahlt sich aus. Eine der zentralen sozialen Frage unserer Zeit ist die Versorgung mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum. Daher haben wir als SPD seit 2011 den Wohnungsbau und Mieterschutz wieder ins Zentrum des politischen Handelns gerückt. Nur ausreichend bezahlbarer und guter Wohnraum wird dabei helfen, die Mieten weiterhin zu stabilisieren. Die Hamburger Zahlen sind im Bundesvergleich vorbildlich. Mit einer Durchschnittsmiete von 8,66 Euro/qm liegt Hamburg deutlich hinter anderen Metropolen wie München (11,69 Euro/qm), Stuttgart (9,60 Euro/qm) oder Frankfurt (9,36 Euro/qm). 270.000 Wohnungen bei der SAGA und bei den Wohnungsbaugenossenschaften mit Durchschnittsmieten weit unter sieben Euro pro Quadratmeter sind ein weiterer Garant für stabile Mieten in Hamburg. Und auch beim sozialen Wohnungsbau sind wir bundesweit Spitzenreiter. Wir sollten jetzt nicht locker lassen. Unser kooperativer Ansatz im Bündnis für das Wohnen ist der richtige Weg. Nicht gegeneinander sondern miteinander wird Hamburg lebenswert und bezahlbar bleiben. Für alle hier lebenden Menschen und die, die auch in Zukunft in Hamburg ein gutes Zuhause finden wollen. Wer jedoch vorgibt, populistische Lösungen würden den Mieterinnen und Mietern helfen, streut den Menschen mutwillig Sand in die Augen und legt die Axt an den sozialen Frieden in unserer Stadt. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollte klar

sein: Wir schöpfen alle rechtlichen Möglichkeiten zum Mieterschutz aus und werden weiter alles dafür tun, dass jede Hamburgerin und jeder Hamburger eine bezahlbare Wohnung in der Stadt finden kann.



Abgeordneter für die Hamburgische Bürgerschaft für den Wahlkreis 12 Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop

Abgeordnetenbüro Bramfeld

Bramfelder Abgeordneter: **Jens Schwieger**
Bramfelder Chaussee 312 | 22177 Hamburg
Telefon: 040 – 63 91 76 79
E-Mail: bueru@schwieger-hamburg.de

SPD-Fraktion Bezirksversammlung Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg
Telefon: 682 67 784
E-Mail: spdfraktion-wandsbek@t-online.de



SPD-Kreisbüro Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg
Telefon: 689 44 511
E-Mail: hh-wandsbek@spd.de



SPD-Landesorganisation Hamburg

Kurt-Schumacher Allee 10 | 20097 Hamburg
Telefon: (040) 280 848 - 0
Fax: (040) 280 848 - 18
E-Mail: kontakt@spd-hamburg.de

